

Düsseldorf, im Oktober 2024

„Entschlossenes Handeln in schwierigen Zeiten“

Forderungen an die Landesregierung für die
zweite Halbzeit der Legislaturperiode 2022 bis 2027

Die Landesregierung hat ihr Amt in schwierigen Zeiten im Sommer 2022 angetreten: Sie war konfrontiert mit den Ausläufern der Corona-Pandemie sowie den wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs und einer drohenden Gasmangellage, die plötzlich zu explodierenden Energiepreisen führte. Das notwendige Krisenmanagement war professionell, pragmatisch und lösungsorientiert. In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die Landesregierung ehrgeizige Ziele zur Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandorts Nordrhein-Westfalen gesetzt. Sie hat versprochen, unser Land zu einem der innovativsten, nachhaltigsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte und zum ersten klimaneutralen Industrieland in Europa zu machen. Die grundsätzliche Richtung der Politik stimmt. Die Landesregierung hat den Unternehmen nahezu keine neuen Belastungen aufgebürdet. Der Dialog zwischen Landespolitik und Wirtschaft ist eng und konstruktiv.

Dennoch ist mehr zu tun denn je. Zwar wurden bereits zahlreiche Initiativen und Projekte angestoßen. Doch die Konkretisierung und Umsetzung von so manch angekündigtem ambitionierten Projekt lässt noch auf sich warten. Wir stehen jetzt vor entscheidenden Monaten, die klare Prioritäten und eine spürbare Tempoverschärfung erfordern: Die Landesregierung muss die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Industriestandorts noch konsequenter in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Zu ernst ist die Wirtschaftslage und zu schlecht die Stimmung in den Unternehmen, als dass die Landespolitik beim notwendigen Handeln für bessere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zögern darf. Sie muss alles tun, was die Wirtschaft stärkt und alles unterlassen, was sie schwächt. Höhere Steuern und zusätzliche Abgaben oder die Einführung eines neuen Tariftrue- und Vergabegesetzes indes wären ein völlig falsches Signal an die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

Nur mit einer starken Wirtschaft bleiben wir ein starkes Land. Denn eine starke Wirtschaft ist die unverzichtbare Grundlage für zukunftssichernde Investitionen und Innovationen, für sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze, für eine leistungsfähige Infrastruktur, für stabile soziale Sicherungssysteme, für das Gelingen von Transformation und Klimaschutz und nicht zuletzt auch für die innere und äußere Sicherheit. Damit Nordrhein-Westfalen am Ende der Legislaturperiode gestärkt und wettbewerbsfähig dasteht, liegen vor der Landesregierung folgende Zukunftsaufgaben:

1. Bürokratie abbauen und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

- **„1:1“ umsetzen.** Ob Gesetze, Verordnungen oder Erlasse – NRW braucht eine konsequente und maximal pragmatische „1:1-Umsetzung“ von Bundes- und Europarecht auf Landesebene. NRW muss hier zum Benchmark im Bundesländervergleich werden.

- **Verfahren beschleunigen.** Für die Transformation braucht NRW einen Genehmigungs-Marathon in Rekordgeschwindigkeit. Nur mit schnellen und unkomplizierten Verfahren kommen Unternehmen und Verwaltung ins Ziel.
- **Mittelstand stärken.** Um den Mittelstand in NRW endlich spürbar von Bürokratielasten zu befreien, muss zeitnah das Mittelstandsförderungsgesetz novelliert und die Clearingstelle Mittelstand institutionell gestärkt werden.
- **NRW-Sonderwege abbauen.** Beim Naturschutz braucht NRW mehr Augenmaß. Zusätzliche Vorkaufs-, Klage- und Beteiligungsrechte von Naturschutzverbänden hemmen Investitionen und sind deshalb zu streichen.
- **Umsetzen statt ankündigen.** Beim Abbau der Berichtspflichten für Unternehmen muss die Landesregierung von der Erkenntnis- in die Umsetzungsphase kommen und die vielen vorliegenden Vorschläge nutzen.
- **„One in, One out“ befolgen.** Damit es bei der Entbürokratisierung endlich voran geht, muss für jede neue Regelung mindestens eine andere wegfallen. Das „One-in-One-out-Ziel“ muss umgesetzt werden.
- **Digital statt analog.** NRW braucht echte Durchbrüche statt kurze Trippel-Schritte bei der Digitalisierung und Automatisierung von Verfahren. Nur so können Unternehmen von der „Zettelwirtschaft der Bürokratie“ entlastet werden.
- **Landesweit digitalisieren.** Die Digitalisierung der Verwaltung muss in der Fläche ankommen. Hierfür muss das Wirtschaftsserviceportal als zentrale Schnittstelle zwischen Unternehmen und Verwaltung weiterentwickelt werden.
- **Umweltpolitik realistisch machen.** Um Land, Kommunen und Unternehmen nicht zu überfordern, muss die Landesregierung die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie maximal pragmatisch umsetzen.

2. Industrie stärken und Transformation ermöglichen

- **Rahmen umsetzen.** Das Update des Industriepolitischen Leitbildes muss den großen Herausforderungen unserer Industrie gerecht werden und sich der drohenden De-Industrialisierung entgegenstellen. Hierfür braucht es im Land zielgerichtete Maßnahmen auf dem Weg zur Transformation und ein enges Monitoring in der Umsetzung.
- **Transformation ermöglichen.** Die Transformation von Energiewirtschaft und Industrie wird nur mit deutlich mehr Geschwindigkeit in der Umsetzung gelingen. Die hierfür gegründete Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate muss endlich zum wichtigen Dienstleister der Wirtschaft werden.
- **Strukturwandel vorantreiben.** Das Rheinische Revier muss Industriestandort bleiben und Energie-region der Zukunft werden. Hierfür müssen die Mittel für den Strukturwandel noch schneller und gezielter in der Region ankommen, damit Investitionen in Industriearbeitsplätze gelingen.
- **Flächenbedarf neu ausrichten.** Transformation braucht zusätzliche Flächen. Deshalb muss die Flächenbedarfsplanung schnellstmöglich eng und dynamisch an die Nachfrageentwicklung gekoppelt werden. Damit die Transformation gelingt, kann sich NRW keine Konkurrenz zwischen der Ausweisung notwendiger Industrie- und Gewerbegebiete und dem Ausbau der Erneuerbaren leisten.
- **Transformationsflächen schaffen.** Aufgabe der Landesregierung ist es, landesweit bebauungsreife Großflächen zu entwickeln, Nachnutzungen planerisch zu erleichtern und den Flächenausgleich zu verbessern. Dies muss zeitnah mit der dritten Änderung des Landesentwicklungsplans erfolgen. Zugleich ist in allen Landesteilen endlich Klarheit über die tatsächlich verfügbaren Industrie- und Gewerbeflächen zu schaffen.

- **Altflächen entwickeln.** Mit schlanken Verfahren und einfacheren Förderprogrammen sind die ehemalige Industriestandorte noch schneller zu Orten industrieller Zukunft zu entwickeln.
 - **Wasserstrategie umfassend denken.** Wasser ist die Grundlage von Leben und Arbeiten. Das Land muss auch die Interessen der Wirtschaft ausreichend berücksichtigen.
- ### 3. Energieversorgung sichern und wettbewerbsfähige Infrastruktur schaffen
- **Energieversorgung sichern.** Unsere Industrie ist auf Versorgungssicherheit zu jeder Sekunde zwingend angewiesen. Das Land darf halbherzige Lösungen auf Bundesebene nicht akzeptieren. Erste Ausschreibungen für Back-Up Kraftwerke müssen noch im Jahr 2024 erfolgen. Andernfalls ist der Kohleausstieg bis 2030 in NRW unrealistisch. Aus Sicht des Industriestandorts NRW muss die Kraftwerksstrategie des Bundes deutlich ausgeweitet werden.
 - **Eigenbeitrag leisten.** Im Land müssen Planung, Genehmigung und Bau der wasserstofffähigen Back-up Gaskraftwerke in nie gekanntem Tempo umgesetzt werden, damit Versorgungssicherheit auch in Zukunft selbstverständlicher Standard im Standortwettbewerb bleibt. Andernfalls wird das selbst gesetzte Ziel des Braunkohleausstiegs 2030 nicht gelingen.
 - **Energiepreise senken.** Unsere Industrie braucht dringend wieder dauerhaft international wettbewerbsfähige Energiepreise. Das Land muss hier beim Bund weiter Druck machen. Ansonsten drohen aus den hierzulande aktuell massiven Produktionsrückgängen dauerhafte Produktionsverlagerungen ins Ausland und Arbeitsplatzabbau im Inland zu werden. Insbesondere muss NRW auf eine massive Senkung der Netzentgelte hinwirken.
 - **Energie- und Wärmestrategie verwirklichen.** Das Energiesystem der Zukunft muss in NRW gelingen. Die jüngst überarbeitete Energie- und Wärmestrategie muss maßnahmenscharf umgesetzt, mit verbindlichen jährlichen Meilensteinen versehen und kontinuierlich fortgeschrieben werden.
 - **Wasserstoff verteilen.** Damit unsere Energienetze zukunftsfest werden, muss NRW die Planung und den Bau einer flächendeckenden Wasserstoffinfrastruktur und auch darüber hinaus umfassende grenzüberschreitende Pipelinekorridore vorantreiben.
 - **Verkehrspolitik korrigieren.** NRW braucht wieder mehr Schwung in der Verkehrspolitik. Die Aussage „Erhalt geht vor Ausbau“ darf nicht den Weg zu einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Infrastruktur in NRW versperren – insbesondere an neuralgischen Punkten.
 - **Brückensanierung vorantreiben.** Die Brückenerneuerung entlang der Schwerlastrouten muss die absolute Priorität der Verkehrspolitik für das Industrieland NRW sein. Umsetzung und Monitoring müssen von höchster politischer Ebene betrieben werden. Um Landes- und Bundesstraßen gerade für den Güterverkehr zu stärken, muss – wo immer möglich – der modulare Brückenbau der schnelle und klimafreundliche Planungs-, Ausschreibungs- und Baustandard werden.
 - **Straßen stärken.** Angesichts des erheblichen Modernisierungsbedarfs darf das Land keinesfalls Bundesmittel für Bundesstraßen verfallen lassen. Gleichzeitig müssen die Landesmittel für den Neubau von Landesstraßen auch in Zeiten knapper Kassen ausgeweitet werden. Um Verzögerungen bei Planung und Ausschreibung transparent zu machen, sollte eine kontinuierliche verpflichtende Berichterstattung im Verkehrsausschuss etabliert werden.
 - **Schiene nutzen.** Als Partner der Industrie muss sich das Land bei der Deutschen Bahn für eine viel stärkere und frühzeitigere Einbindung in das Baustellenmanagement, den Erhalt des Einzelwagenverkehrs und die durchgehende Bedienung von Industriegleisanschlüssen einsetzen.
 - **Wasserwege modernisieren.** Bei der Engpassbeseitigung entlang des Rheins und der Erneuerung des westdeutschen Kanalnetzes müssen für die Binnenschifffahrt den politischen Ankündigungen endlich Taten folgen.

- **Rohstoffe sichern.** Um die Rohstoffversorgung - gerade für Investitionen in Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur - zu garantieren, braucht es die stärkere Sicherung von Abbaugebieten.

4. Bildung stärken und Innovationen ermöglichen

- **Betreuung gewährleisten.** Für eine verlässliche Kinderbetreuung muss die Landesregierung das vereinbarte Betreuungsvolumen auch tatsächlich gewährleisten und die Ansätze zur Fachkräftesicherung in den Erziehungsberufen umsetzen.
- **Kita-Ausbau priorisieren.** Der quantitative und qualitative Kita-Ausbau hat Vorrang vor der Einführung des geplanten dritten beitragsfreien Kita-Jahres.
- **Ganztags ausbauen.** Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung in der Grundschule ist weiterhin eine zentrale Voraussetzung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- **Schule verbessern.** Damit Kinder die Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen beherrschen lernen, müssen das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung und nachhaltige Ansätze zur Qualitätssteigerung konsequent umgesetzt werden.
- **MINT stärken.** Insbesondere in den MINT-Fächern mangelt es an qualifiziertem Nachwuchs. Der Unterricht ist weiter zu stärken. Unterrichtsinhalte und Berufsorientierung müssen so entwickelt werden, dass noch mehr Interesse bei Schülerinnen und Schülern für MINT-Berufe geweckt wird.
- **Innovationen umsetzen.** Der Innovationstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft muss über konkrete Projektinitiativen (innovation2business.nrw) hinaus noch stärker gefördert und strukturell in den Wirtschaftsregionen verankert werden.
- **Wissenschaftler anwerben.** NRW braucht schlanke, schnelle Prozesse zur Anwerbung von hochqualifiziertem wissenschaftlichem Personal aus dem Ausland, noch attraktivere Lehr- und Forschungsbedingungen sowie eine ausgeprägtere Willkommenskultur.

5. Berufseinstieg erleichtern und Fachkräfte sichern

- **Fachkräfteoffensive weiterführen.** Die NRW-Fachkräfteoffensive muss kontinuierlich umgesetzt und weiterentwickelt sowie um ein längerfristiges Arbeitsprogramm mit Zielen, Handlungsfeldern, Maßnahmen und Zuständigkeiten ergänzt werden.
- **Berufskollegs fokussieren.** Die Berufskollegs müssen sich wieder auf die duale Ausbildung als Kerngeschäft konzentrieren können und mehr Jugendlichen den direkten Einstieg in eine Berufsausbildung ermöglichen. Hierfür ist die im Koalitionsvertrag verankerte ressortübergreifende und zukunftsweisende Gesamtstrategie zur Verbesserung der Kooperation von Betrieben, Berufsschulen und überbetrieblicher Ausbildung endlich umzusetzen.
- **Lehrkräfte gewinnen.** Das Land muss eine Gesamtstrategie entwickeln, um die Unterversorgung mit qualifizierten Lehrkräften insbesondere in den MINT-Fächern in den Berufskollegs zu beheben. NRW braucht unbedingt weniger Unterrichtsausfall, um den Ausbildungserfolg für Auszubildende und Unternehmen sicherzustellen.
- **Azubi-Wohnraum schaffen.** Damit die berufliche Ausbildung attraktiv bleibt, braucht das Land mehr Schwung beim Bau von Azubi-Wohnheimen mit weiteren Anreizen und weniger Barrieren für Investoren. Hierfür sollten auch die Mittel des Wohnraumförderprogramms 2023–2027 intensiver genutzt werden.
- **Verdienstunterschiede richtig angehen.** Um die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern anzugehen, braucht NRW eine verlässliche Kinderbetreuung, frühzeitige MINT-Förderung und klischeefreie Berufsberatung. Überdies müssen „Girls´ and Boys´ Academies“ landesweit ausgerollt werden.